

1958: Leidenschaftliche Debatte im SPD-Ortsverein um Garnisonneubau

Am 7. Juli 1956 verabschiedete der Deutsche Bundestag – gegen die Stimmen der SPD-Abgeordneten – das Gesetz über die Einführung der Wehrpflicht. Für viele Sozialdemokraten war es unbegreiflich, dass Deutsche – so kurze Zeit nach den Schrecken und dem Elend des Zweiten Weltkrieges – wieder den Waffenrock tragen sollten. Aber nicht nur pazifistische Motive bewegten die SPD: Sie befürchtete, mit einem bundesdeutschen Verteidigungsbeitrag werde die Wiedervereinigung blockiert, ja verhindert. Erst später – unter dem Eindruck der Fakten, die die Regierung Adenauer geschaffen hatte, und der weltpolitischen Entwicklung – änderte die SPD ihre Haltung und bekannte sich 1959 in ihrem Godesberger Programm zur Landesverteidigung.

Wiederaufrüstungspläne und Einführung der Wehrpflicht erregten in den fünfziger Jahren auch in Rotenburg die Gemüter. Im Januar 1957 überraschte Bürgermeister Kurt Dorr die Rotenburger, als er in einem Rundfunkinterview Überlegungen zum Bau einer Garnison in der Fuldastadt anstellte. In der Stadtverordnetenversammlung am 22. Januar 1957 brachte SPD-Stadtverordneter August Heßler sein Missfallen darüber zum Ausdruck, dass der Bürgermeister von Garnisonplänen gesprochen hatte, während den Stadtverordneten „ein derartiges städtisches Vorhaben völlig unbekannt“ sei.

Innerhalb des SPD-Ortsvereins kam es zu leidenschaftlichen Debatten. Der stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende Hans Hagemann lehnte die Gedankengänge des Bürgermeisters grundsätzlich ab. In einem Brief an den Ortsvereinsvorstand erinnerte er an den Vorschlag des polnischen Außenministers Rapacki zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa: „Aufgrund dieser Situation ist es unverantwortlich, einer Gegenbewegung, also des Vorantreibens einer weiteren Aufrüstung, Vorschub zu leisten, und es ist vielmehr Pflicht eines jeden Sozialdemokraten, daran mitzuarbeiten, daß Aufrüstung und damit Kasernenneubauten verhindert werden“. Den Pragmatikern, die sich von einem Bundeswehrstandort eine Stärkung der Wirtschaftskraft versprochen, hielt Hagemann entgegen, die „schwierige Finanzlage einer Stadt allein kann und darf nicht ausschlaggebend dafür sein, daß zur Behebung der Notlage kein anderer Ausweg mehr bleibt, als Garnisonstadt zu werden“.

Am 30. Januar 1958 – einen Tag vor der Entscheidung in der Stadtverordnetenversammlung – stand das Thema Bundeswehrstandort im Mittelpunkt der Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Rotenburg. Auszug aus dem Protokoll des Schriftführers Heinrich Kemler: „Zunächst sprach der Genosse Aschenbrenner sich grundsätzlich gegen den Bau einer Kaserne in Rotenburg/F. aus. Er schilderte die Entwicklung nach dem 1. und 2. Weltkrieg und daß man hier nicht zusagen könne. Als nächster sprach Genosse Ellenberger und legte die Grundsätze der Partei zur Wehrfrage dar. Er sagte, daß die führenden Männer der Partei Carlo Schmid, Erler bereits ihren Standpunkt bezogen hätten und zwar insoweit, daß die SPD die Landesverteidigung nicht ablehnt. Als weiteren Punkt sprach er an, daß die Entscheidung hier in Rotenburg/F. über den Bau einer Kaserne nur von der kommunalen Sicht aus gesehen werden kann.

Hieran anschließend sprach der Landrat – Genosse Bährens – über das Verfahren und enthielt sich aber einer Stellungnahme zum Problem selbst.

Der Genosse Hagemann begründete sein Schreiben und legte den anwesenden Stadtverordneten nahe, bis zur Klärung aller Zweifelsfragen, das Projekt grundsätzlich abzulehnen.

Der Genosse Kemler sprach sich für den Kasernenneubau in Rotenburg/F. aus, da er sich als Stadtverordneter dieser Sache nicht verschließen könne. Aller Vor- und Nachteile wurden von ihm abgewogen und er kam zu der Überzeugung, daß die Vorteile die Nachteile überwiegen. Der Genosse Heßler sprach grundsätzlich gegen den Kasernenneubau in Rotenburg/Fulda“.

Mit Spannung erwarteten die über 300 Bürgerinnen und Bürger, die die Stadtverordnetenversammlung am 31. Januar 1958 besuchten, die Entscheidung der Kommunalpolitiker. „15:3 Stimmen für Garnison. Stadtväter: Entscheidung aus der kommunalen Sicht heraus getroffen“ lautete die Schlagzeile des „Fulda-Boten“ vom 3.2. 1958. Von den 8 Stadtverordneten der SPD stimmten 5 für den Kasernenneubau, drei dagegen. Vor der Abstimmung hatte Stadtverordnetenvorsteher Helmut Ebert (SPD) die Stadtverordneten darauf hingewiesen, dass sie bei allen Entscheidungen „nur dem eigenen Gewissen verantwortlich seien und jede dem persönlichen Verantwortungsbewusstsein entspringende Entscheidung geachtet werden müsse“.

Der „Fulda-Bote“ berichtete ausführlich über die Argumente eines Befürworters und eines Gegners der Entscheidung aus den Reihen der Sozialdemokraten: „Stadtverordneter Heinrich Kemler (SPD) stellte seinen Ausführungen voran, daß man hier eine schwere Entscheidung zu treffen habe, jedoch stünden die kommunalen Interessen im Vordergrund, es sei keine Entscheidung grundsätzlicher Art. Man habe in diesem Parlament vor allem die Frage zu prüfen, wie Interessen der Bevölkerung, die man im Parlament vertrete, am besten gewahrt werden. Aus dieser Sicht heraus müsse man zu dem nicht leichten Schluß kommen, daß die Schaffung einer Garnison mehr Vorteile für die Stadt bringe als Nachteile, die zweifellos auch vorhanden seien, sagte Kemler und ersuchte darauf zu achten, daß der Stadt durch den Kasernenbau keine zusätzlichen Kosten entstehen. ... Mit eingehenden Erklärungen sprach sich Stadtverordneter August Heßler gegen die Schaffung einer Garnison aus. Aus grundsätzlichen Erwägungen und aus seiner Einstellung als Pazifist heraus, wie er betonte, müsse er Kasernen für Rotenburg ablehnen. Heßler skizzierte den letzten Krieg und auch seine Auswirkungen auf Rotenburg 1945 und sagte zusammenfassend, daß ihm diese unheilvolle Vergangenheit keine andere Entscheidung ließe“.

Die „Realpolitiker“, die aus kommunalpolitischen Gründen für den Kasernenneubau votierten, hatten sich also auch innerhalb der SPD durchgesetzt. Am 23. Februar 1962 wurde die Alheimer-Kaserne ihrer Bestimmung übergeben. Bereits im Dezember 1961 war die Kaserne von den Kompanien des bis dahin in Schwarzenborn stationierten Panzergrenadierbataillons 51 belegt worden.

Das Ja für den Bundeswehrstandort Rotenburg gehört zu den wenigen kommunalpolitischen Entscheidungen, die innerhalb der Rotenburger SPD umstritten waren. Die Grundsatzdebatte über die Wiederbewaffnung in den fünfziger Jahren ist heute Geschichte; die Bundeswehr ist inzwischen voll in das gesellschaftliche Leben der Fuldastadt integriert. Wie positiv sich das Verhältnis der SPD zur Bundeswehr entwickelt hat, zeigte sich im Frühjahr 2001. Als Pläne des Bundesverteidigungsministers Rudolf Scharping bekannt wurden, den Bundeswehrstandort Rotenburg zu schließen, formierte sich eine breite Welle des Protests. Und an der Spitze des Protestes standen Sozialdemokraten wie Bürgermeister Manfred Fehr, Landrat Roland Hühn, Bundestagsabgeordneter Michael Roth und Landtagsabgeordneter Dieter Franz. E i n Argument, das die sozialdemokratischen Pragmatiker des Jahres 1958 in die Waagschale geworfen hatten, spielte wieder eine wichtige Rolle: Der Bundeswehrstandort Rotenburg muß aus struktur-, arbeitsmarktpolitischen und wirtschaftlichen Gründen erhalten bleiben. – Am 23. Februar 2001 konnte die Rotenburger SPD in einer HNA-Anzeige –

unterzeichnet von Franz Toby, Günter Ermel und Joachim Zimmer – stolz Erfolg melden: „Es ist geschafft: Rotenburg bleibt Bundeswehrstandort“.

Wilfried Pfister

HN Nummer 28

Fulda-Bole

15:3 Stimmen für Garnison

Stadtväter: Entscheidung aus der kommunalen Sicht heraus getroffen

Rotenburg (nsl). Für die Errichtung von Kasernenanlagen im Bereich von Rotenburg stimmten in der von über 300 Personen besuchten öffentlichen Stadtverordnetenversammlung am Freitagabend in der Kulturhalle 15 Stadtverordnete der CDU, SPD, DP und des BHE, während sich drei Stadtverordnete der SPD dagegen aussprachen. Alle Sprecher der Fraktionen hatten in ihren Ausführungen darauf hingewiesen, daß man die Garnison-Frage nach allen Richtungen hin beleuchtet habe und nur eine Entscheidung aus der kommunalen Sicht heraus getroffen werden sollte. Stadtverordnetenvorsteher Helmut Ebert dankte nach der Diskussion und vor der Abstimmung für die sachliche Aussprache, wies die Stadtverordneten darauf hin, daß sie bei allen Entscheidungen nur dem eigenen Gewissen verantwortlich seien und jede dem persönlichen Verantwortungsbewußtsein entsprechende Entscheidung gewählt werden müsse. Bürgermeister

Kurt Dorr hatte zuvor in seinem „Garnisonentwicklungsbericht“ darauf hingewiesen, daß die erste Rotenburger Fällungsmaßnahme am 29. Juli 1954 erfolgt sei und unverblühte Vorplanungen begonnen hätten. Rund 20 Hektar für Kasernengelände und rund 150 Hektar Übungsgelände (nicht über 5 km entfernt) seien die Voraussetzungen für eine ernsthafte Behandlung der Frage gewesen. Da Rotenburg schon einmal in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts Garnisonstadt gewesen und im Laufe der letzten Jahre das Interesse an einer Garnison in Rotenburg bei den zuständigen Stellen gestiegen sei und man schließlich in jüngerer Zeit auch die Grundstücksfrage einer Lösung nahebringen können, stehe das Stadtparlament auf Wunsch der Bonner Stellen nunmehr vor der grundsätzlichen Entscheidung für oder wider eine Garnison, da ernstliches Interesse bestehe, in Rotenburg Kasernenanlagen zu errichten.

Der Bürgermeister wies darauf hin, daß mit rund 1500 Menschen zu rechnen sei: ein Bataillon Infanterie mit rund 1000 Mann und das Stammpersonal mit rund 120 Familien und etwa 500 Köpfen. Für dieses Personal müßten im Bereich von Rotenburg rund 120 Wohnungen neu gebaut werden. Es sei ferner mit 150 Kindern bei diesem Stammpersonal zu rechnen und infolgedessen wahrscheinlich auch mit einem Schulweiterbau, der jedoch von Landes- und Bundesmitteln gefördert werde.

Wesentliche Vorteile für Rotenburg seien die Zunahme der Gewerbesteuer, der Vermögenssteuer und vor allem auch der Schlüsselzuweisung, die bei dem genannten Personenzuwachs jährlich etwa 33 000 bis 35 000 DM über der bisherigen Zuweisung liegen werde.

Die zustimmende Entscheidung in der Garnisonfrage sei eine Lebensnotwendigkeit für Rotenburg, erklärte Stadtverordneter Gustav Kilian (DP). Die Stadt habe gegenwärtig 16 Prozent ihrer Steuereinnahmen für den Zinsen- und Tilgungsdienst aufzubringen und müsse demzufolge entweder an eine Anziehung der Steuerschraube denken, oder Mittel und Wege finden, den Kreisen der Bevölkerung, die die Hauptträger der Steuern seien, neue Einnahmequellen zu erschließen. Dies lasse sich mit einer Garnison erreichen, zumal Industrieansiedlungsvorhaben kaum mehr möglich seien. Die DP stimme demzufolge für die Schaffung einer Garnison, auch die CDU spreche sich geschlossen dafür aus, sagte als Sprecher der Fraktion Stadtverordneter Wittke.

Stadtverordneter Heinrich Kemmler (SPD) stellte seinen Ausführungen voran, daß man hier eine schwere Entscheidung zu treffen habe, jedoch stünden die kommunalen Interessen im Vordergrund, es sei keine Entscheidung grundsätzlicher Art. Man habe in diesem Parlament vor allem die Frage zu prüfen, wie Interessen der Bevölkerung, die man im Parlament vertrete, am besten gewahrt werden. Aus dieser Sicht heraus müsse man zu dem nicht leichten Schluß kommen, daß die Schaffung einer Garnison mehr Vorteile für die Stadt bringe, als Nachteile, die zweifelsohne auch vorhanden seien, sagte Kemmler und ersuchte darauf zu achten, daß der Stadt durch den Kasernenbau keine zusätzlichen Kosten entstehen.

Es sei richtig, die Kasernenfrage nur aus der kommunalen Sicht zu behandeln, erklärte Stadtverordneter Dr. Karl-Heinz Kühne (BHE). Bei dem objektiven Abwägen des Für und Wider müsse man sich positiv entscheiden.

In zustimmendem Sinne äußerten sich ferner die Stadtverordneten Wilhelm Both (CDU) und Karl-Friedrich Horn (DP).

Mit eingehenden Erklärungen sprach sich Stadtverordneter August Fießler (SPD) gegen die Schaffung einer Garnison aus. Aus grundsätzlichen Erwägungen und aus seiner Einstellung als Pazifist heraus, wie er betonte, müsse er Kasernen für Rotenburg ablehnen. Fießler skizzierte den letzten Krieg und auch seine Auswirkungen für Rotenburg 1945 und sagte zusammenfassend, daß ihm diese unheilvolle Vergangenheit keine andere Entscheidung ließe.

nichts gegen die Maulwürfe auf dem neuen Sportplatz an der Albert-Schweitzer-Schule ansprechen könne.

In der Aussprache wurde der Bürgermeister noch angewiesen, die Schaffung eines Bades weiter voranzutreiben.

Nachtrag zum Forstetat gebilligt

Zu Beginn der Sitzung hatten die Stadtverordneten den ersten Nachtrag zum ordentlichen Haushaltsplan der Stadtforstverwaltung für das Forstwirtschaftsjahr 1957 einstimmig gebilligt. Der Nachtrag sieht Mehreinnahmen in Höhe von 11 380

Reit- und Fahrverein auch nichts weiter in dieser Richtung unternommen worden sei und er somit annehmen müsse, daß kein Interesse mehr bestehe.

Ortssatzung zurückverwiesen

3.2. 1958

vo
an
de
wi
hr
F
pr
di
si
le
ge
fa
Ar
ne
b
Re
Ur
Er
wi
de
ber
St
Be
vol
i
die
Pl
Su
we
zu

P.S. Diesen Artikel schrieb ich im Jahr 2001. Danach überschlugen sich die Ereignisse. Der Bundeswehrstandort Rotenburg wurde aufgelöst. Im Zusammenhang mit der großen Flüchtlingsbewegung 2015 entstand im Gelände der ehemaligen Alheimer-Kaserne eine Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge. Und 2021 wurde dort eine neue Ausbildungsstätte der Bundespolizei eröffnet. Nach den Turbulenzen der letzten Jahrzehnte wird das Gelände wieder einer neuen dauerhaft sinnvollen Nutzung zugeführt.

W.P.

Bebrer Zeitung

Fulda-Bote



**ROTENBURGER
TAGEBLATT**

Das Heimatblatt des Kreises Rotenburg — Amtliches Verkündungsorgan des Landrats des Kreises Rotenburg an der Fulda

Geschäftsstellen: Rotenburg, Marktplatz, Postfach 55, Telefon 380; Geschäftsstelle Bebra, Nürnberger Straße 17, Tel. 144. Anzeigen-Annahmestellen: Rotenburg, Steinweg 13, Telefon 238; Sontra, Buchhandlung Franz Mathes.
Inh. G. Oberlik, Tel. 127, Herrenstr. 11. — Monatsbezugspreis 4,05 DM zuzügl. —75 DM Zustellgebühr. Im Postbezug 4,26 DM einschl. Postzeitungsgebühr zuzüglich —54 DM Zustellgebühr.

Numer 20 / Mittwoch, 24. J

HA

Alheimer-Kaserne ihrer Bestimmung übergeben

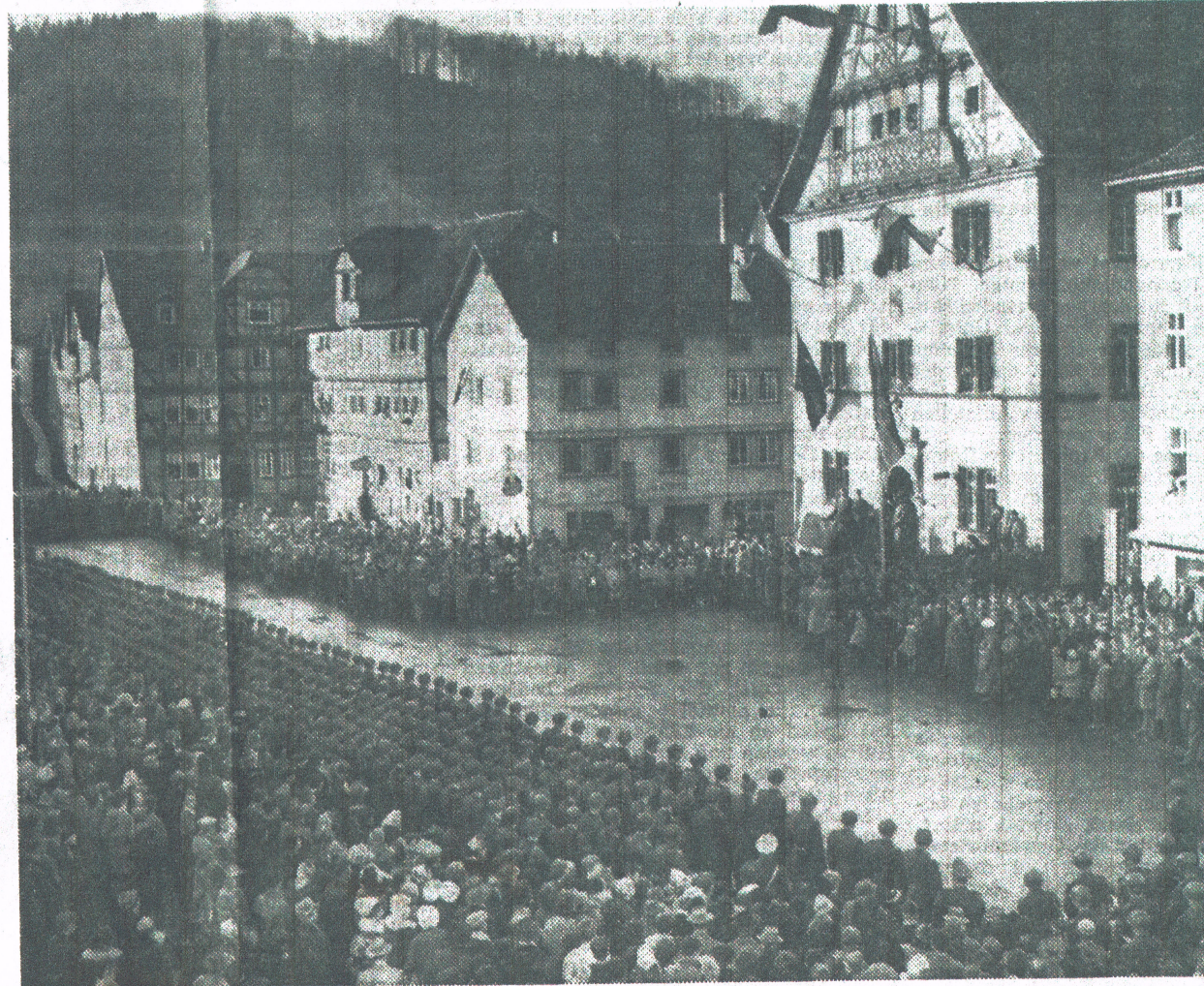
Viele Rotenburger wohnten der Feier auf dem Marktplatz bei

Rotenburg (u). Auf dem mit den Fahnen der Stadt, des Landes und Bundes festlich geschmückten Rotenburger Marktplatz wurde am Mittwochvormittag im offiziellen Rahmen Standort und Alheimer-Kaserne Rotenburg von Generalmajor Hansen, dem Befehlshaber im Wehrbereich IV, an Oberstleutnant Mooshake, Standortältester und Kommandeur des Panzergrenadier-Bataillons 51, übergeben. Gleichlaufend mit diesem militärischen Akt, dem rund 150 Ehrengäste aus dem öffentlichen und kirchlichen Leben des Kreises Rotenburg beiwohnten, dokumentierte die Bevölkerung Rotenburgs mit ihrem überaus zahlreichen Erscheinen — 2000 bis 3000 Menschen gaben der Feier eine imposante Kulisse — ihre Aufgeschlossenheit der jüngsten Entwicklung gegenüber und ihre Bereitschaft, die Bürger in Uniform in der Rotenburger Ortsgemeinschaft willkommen zu heißen. Diese große Anteilnahme wurde auch als herzlicher Willkommensgruß der Bevölkerung von denen interpretiert, die in ihren Ansprachen allgemein der Hoffnung auf gutes Einvernehmen und Zusammenarbeiten Ausdruck verliehen.

Zu Beginn der Feierstunde hatte Oberstleutnant Mooshake dem Befehlshaber, Generalmajor Hansen, die im offenen Karree angetretene Truppe gemeldet. Unter den Klängen des Musikkorps schritten Generalmajor Hansen, Brigadegeneral Müller (Divisionskommandeur), Brigadegeneral Schäfer (Brigadekommandeur), Landrat Otto Ulrich Bährens und Bürgermeister Kurt Dorr mit Oberstleutnant Mooshake die Front ab.

Der Präsident der Wehrbereichsverwaltung IV, Dr. Wagner, der die neuen Kasernenanlagen am Silberberg — verbunden mit den besten Grüßen und Wünschen — an die Truppe übergab, berichtete in kurzen Ausführungen über die Arbeit und Mühe, die mit dem Bau derart umfangreicher Anlagen verbunden ist. Das fertige Bild lasse von diesen mitunter strapaziösen Bemühungen um die Fertigstellung wenig

als Bürger unseres Staates einer Aufgabe verpflichtet: unser Land und seine Menschen, unsere alte Kultur, unsere Lebensart und unsere Freiheit gegen jeden, der uns diese hohen Lebensgüter nehmen will, zu verteidigen, wenn dies je notwendig sein sollte. Eine Forderung, um deren tiefen Ernst wir — bei aller Betriebsamkeit des Soldatenalltags — wissen und die wir zu unserer Richtschnur machen müssen. Daß diese Aufgabe es wert ist, sich für sie einzusetzen, wird sinnfällig, wenn unser Blick über die Stadt mit ihren fleißigen Bürgern, ihren Frauen und Kindern hinausgeht in das schöne Hessenland, wo überall deutsche Menschen in Frieden und Freiheit schaffen und leben wollen. Darum wurde die Bundeswehr an der Seite ihrer NATO-Kameraden geschaffen und darum auch entstand die Garnison Rotenburg, deren offiziellen Geburtstag wir heute be-



Überaus starkes Interesse bei der Rotenburger Bevölkerung fand die feierliche Uebergabe der Alheimer-Kaserne und dem Marktplatz der Kreisstadt eindrucksvoll unterstre-